

# PRESSE

BayernSPD Landtagsfraktion

Rede des  
BayernSPD-Fraktionsvorsitzenden  
Florian von Brunn

zur Regierungserklärung  
des Ministerpräsidenten Markus Söder

01. September 2021  
Bayerischer Landtag, München



Sehr geehrte Frau/Herr Präsident/in,  
sehr geehrter Herr Ministerpräsident,  
sehr geehrte Damen und Herren,

vor einem Monat haben Sie bei Markus Lanz gesagt, Sie wollten am Inzidenzwert festhalten.

Jetzt verabschieden Sie sich davon und führen das ein, was die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern und Baden-Württemberg schon umgesetzt haben.

Gut, dass Sie dazu gelernt haben.

Wir begrüßen das.

Schade, dass Sie sich so lernfähig erst kurz vor der Bundestagswahl zeigen – zum Beispiel bezüglich der FFP2-Maskenpflicht.

Vor der Sommerpause haben Sie unsere Vorschläge dazu abgelehnt, trotz sehr viel niedrigerer Inzidenzen.

Wir stimmen mit Ihnen überein,  
dass es keinen neuen Lockdown geben darf,  
wir sind einer Meinung bei der Einführung von 3G als Grundlage für soziales Miteinander,  
und

beim Vorsatz, die Schulen im Präsenzunterricht zu halten.

Ich möchte das aber sehr deutlich sagen:

Dieses Versprechen darf nicht gebrochen werden!

Wir sehen aber bei Ihrer Ampel noch viele Fragezeichen.

- Was bedeuten 1200 mit Corona-Kranke belegte Betten?
- Was bedeuten vor allem 600 mit Corona-Kranken belegte Intensivbetten?

Die wichtigste Frage ist aber, was konkret passiert, wenn die Ampel auf rot springt.

Das ist aus unserer Sicht unklar.

Wir werden der Regierung Söder heute aber keinen Blankoscheck ausstellen,  
sondern wir wollen im Interesse der Menschen in Bayern genau wissen, was passiert,  
wenn die Ampel auf rot springt!

Die Menschen haben ein Recht auf Klarheit und Transparenz!

Sie müssen wissen, was im Einzelnen auf sie zukommt!

Darin sehen wir ein erhebliches Defizit!

Wir sehen bei den Impfungen noch deutlichen Verbesserungsbedarf.

Wie so oft haben Sie öffentlich etwas angekündigt, was Sie dann nur unbefriedigend umsetzen:

Sie haben im Juli zwar mit großem Tamtam das „Impfen to go“ angekündigt, aber der Erfolg bisher ist leider überschaubar:

Am 28. Juli hatte Bayern eine Erstimpfungsquote von knapp 59 Prozent - Platz 12 im Ländervergleich.

Heute liegt der Freistaat bei rund 62 Prozent Erstimpfungen – immer noch auf Platz 12 im Ländervergleich.

Bayern liegt im Bundesländervergleich auch bei der Impfquote für vollständig, also zwei Mal Geimpfte.

auf Platz 12

Platz 12 von 16 Ländern.

Das ist unbefriedigend - und es ist eine Gefahr für die Menschen, die noch keine Impfung haben.

Die Menschen, die noch nicht geimpft sind, sind keineswegs nur Impfverweigerer, sondern vielfach nicht oder nicht richtig informiert.

Sie haben noch Ängste, sind unserer Sprache vielleicht nicht mächtig oder haben sich aus anderen Gründen bisher nicht impfen lassen können.

Für diese Menschen wollen wir in Bayern noch mehr Informationen,

in unterschiedlichen Sprachen und auch digital,

wir wollen für sie noch mehr niedrigschwellige Impfangebote direkt bei den Menschen vor Ort,

damit der Freistaat beim Impfen besser wird.

Das muss ein klarer Schwerpunkt der Corona-Politik im Freistaat sein.

Wir brauchen aber auch eine effektive Kampagne für Auffrischungsimpfungen, um ältere Menschen, Pflegebedürftige und Immungeschwächte zu schützen.

Wir brauchen zudem größere Anstrengungen in der Schulpolitik. Die Schulen müssen offen bleiben!

Es reicht nicht, sich nur für Präsenzunterricht auszusprechen.

Wir müssen aktiv dafür sorgen, dass an den Schulen größtmöglicher Infektionsschutz herrscht. Hier brauchen die Schulen eine verlässliche Unterstützung.

Dazu gehört eine starke Kampagne für Impfungen ab 12 Jahre, niedrigschwellig und in verschiedenen Sprachen.

Das Testen an Schulen - und in den Kitas - muss funktionieren und auch praktikabel sein. Außerdem muss dringend bei der Förderung von Belüftungsanlagen und Luftfiltern nachgebessert werden.

Die aktuellen Förderbedingungen der Staatsregierung benachteiligen leider ärmere Kommunen!

Sie, Herr Ministerpräsident, hatten kurz vor der Sommerpause öffentlich verkündet, dass nach den Ferien jedes Klassenzimmer mit Luftfiltern ausgestattet ist, aber gleichzeitig nur eine mickrige 50-Prozent-Förderung auf den Weg gebracht. Jetzt werden gerade einmal ca. 24.000 Luftfilter für 114.000 Klassenzimmer angeschafft. Das sind nicht 100 Prozent, Herr Söder.

Das sind gerade einmal um die 20 Prozent.

Für jedes Klassenzimmer, das nicht mit Luftfiltern ausgestattet ist, und für jedes Kind, das jetzt deswegen in Quarantäne muss, tragen Sie die Verantwortung!

Aber uns Sozialdemokraten:innen geht es nicht nur um das akute Krisenmanagement, um Infektionsschutzmaßnahmen, Beschränkungen oder Lockerungen.

Wir sehen mit Sorge und Mitgefühl, dass die Menschen im Freistaat durch die Pandemie gelitten haben.

Sie haben sehr viel ertragen und ausgehalten, sie haben auch sehr viel geleistet.

Deswegen haben sie unseren Respekt verdient.

Sie haben verdient, dass die Politik genau hinschaut, was gut und was schlecht war, dass wir die Folgen der Pandemie für die Gesellschaft, für Familien, Kinder und Jugendliche, für Frauen, für die Wirtschaft und Arbeitnehmer:innen, und für ärmere Menschen genau analysieren  
- und dass wir daraus die richtigen Schlussfolgerungen ziehen.

Dazu habe ich von Ihnen, Herr Ministerpräsident heute - und auch sonst – zu wenig gehört.

Sie haben sich zwar immer wieder bedankt, aber Sie haben bisher nicht ausreichend - bei weitem nicht ausreichend! - über die sozialen, die psychologischen, die wirtschaftlichen Folgen von Corona gesprochen – und was Sie daraus für Schlussfolgerungen ziehen wollen.

Das ist aber eine Frage des Respekts.  
Dank reicht nicht.

Die Menschen in Bayern, die so viel ertragen und erlitten, aber auch geleistet haben, haben ein Recht darauf, zu erfahren, welche weitergehenden Schlussfolgerungen die Politik aus der Pandemie zieht!

Die erste Schlussfolgerung, die wir als SPD ziehen, lautet:  
Wir können uns keinen Magerstaat mehr leisten.  
Wir brauchen schlagkräftige Behörden und eine effiziente Verwaltung.

Die Probleme der Gesundheitsämter und des Gesundheitswesens in der Pandemie, aber auch der Kultus- und Schulbürokratie, zeigen sehr deutlich:  
Die CSU-geführten Regierungen in Bayern haben seit Stoiber die öffentliche Verwaltung kaputtgespart.  
Wir haben das schon in anderen Fällen gemerkt, wenn es um Steuerprüfungen, wenn es um Verbraucher- oder um Tierschutz ging.

Aber in der Corona-Krise hat sich das besonders bemerkbar gemacht.

Wenn ich in das Wahlprogramm von CDU und CSU zur Bundestagswahl schaue, haben Sie aber leider nicht daraus gelernt,:

Wer Steuergeschenke an die High Society und Konzerne verteilen will, die den Freistaat Bayern und unsere Städte und Gemeinden viele Milliarden Euro im Jahr kosten, der will privaten Reichtum und öffentliche Armut!

Einen solchen armen Staat, wie ihn die CSU will, können sich nur Reiche leisten!  
So ein Magerstaat wird mitsamt seinen ausgezehrten Behörden auch in der nächsten Krise massive Probleme haben!

Die SPD tritt für einen starken Staat ein!  
Es ist viel besser, in eine leistungsfähige öffentliche Verwaltung und eine gute soziale Infrastruktur zu investieren, die für die Bürger:innen da ist und sie schützen kann – das ist unser Weg!

Die zweite Schlussfolgerung für uns ist:  
Wir wollen, dass wir endlich die Kinder und Jugendlichen in den Mittelpunkt der Politik stellen.  
Denn dabei geht es wie beim Klimaschutz um ihre Zukunft!

Sie haben massiv unter Schulschließungen und Home Schooling gelitten. Die Kultus- und Schulbürokratie in Bayern hat in der ersten Phase der Pandemie versagt und auch danach viel zu lange gebraucht, um Probleme zu lösen und um den Familien zu helfen.

Die Lernrückstände vieler Kinder und Jugendliche sind leider enorm. Die Bildungsungerechtigkeit wird dadurch vertieft.

Und besonders benachteiligt sind Kinder und Jugendliche aus ärmeren Familien, aus Familien mit Migrationsgeschichte und aus Familien, in denen es zu häuslicher Gewalt kommt.

Aus Schulschließungen, fehlender Zuwendung und Unterstützung zu Hause, aber auch sozialer Isolation resultieren schlimme gesundheitliche und psychische Folgen für Kinder und Jugendliche!

Wer sich darüber informieren will, muss nur einen Blick in die sogenannte Copsy-Studie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf werden. Copsy: das steht für Corona und Psyche.

Diese Studie kommt zu dem Ergebnis, dass sich bundesweit vier von fünf der befragten Kinder und Jugendlichen durch die Corona-Pandemie belastet fühlen. Ihre Lebensqualität hat sich im Verlauf der Pandemie weiter verschlechtert. Sieben von zehn Kindern geben eine solche geminderte Lebensqualität an. Fast jedes dritte Kind leidet unter psychischen Auffälligkeiten. Was sagen Sie dazu – was tun Sie dagegen?

Neben diesen jungen Menschen sind oft die Frauen die Leidtragenden. Sie haben neben ihren Kindern die größte Last zu tragen.

Wir vermissen bis heute eine ehrliche Analyse, einen schonungslosen Bericht von Ihnen zu den Folgen der Pandemie für Kinder und Jugendliche, für Frauen und Familien, - mit Vorschlägen, wie wir die bildungspolitischen, die sozialen und die psychologischen Folgen von Corona beheben können.

Tatsächlich hören wir von Ihnen immer nur die gleichen Ankündigungen, Beschwichtigungen und Beruhigungsformeln.

Wo bleiben wegweisende Vorschläge, wie wir die Defizite in der Bildung, insbesondere für benachteiligte junge Menschen umfassend beseitigen können?

Wo bleiben Ihre Vorschläge für eine bessere soziale, psychotherapeutische und psychiatrische Betreuung von Betroffenen?

Wo bleibt Ihre Initiative gegen häusliche Gewalt, die auf den Erfahrungen des Lockdowns aufbaut?

Wir als SPD wollen aus diesen Problemen Konsequenzen ziehen.

Dazu gehört, dass wir die individuelle Unterstützung und Förderung von Kindern und Jugendlichen an den Schulen und in den Kitas massiv verbessern wollen.

Ganz klar ist: Dazu brauchen wir mehr pädagogisches Personal, mehr Lehrer:innen, mehr Erzieher:innen.

Wir brauchen endlich einen viel stärkeren Fokus auf das Soziale, auf das Miteinander und das soziale Lernen.

Wir wollen einen Ausbau der Beratungseinrichtungen und der psychologischen und psychiatrischen Betreuungsinfrastruktur in Bayern.

Wir wollen eine starke Kampagne gegen häusliche Gewalt, eine Stärkung von Beratungsstellen und Frauenhäusern, die ihren Namen verdient!

Die dritte Schlussfolgerung für uns lautet:

Ein gewinnorientiertes Gesundheitssystem nützt vielleicht den Gesundheitskonzernen und Anlegern, aber nicht den Menschen. Wir als SPD wollen ein gutes öffentliches Gesundheitssystem,

in dem jeder und jede bestmöglich versorgt wird!

Corona hat gezeigt, dass wir genügend gut bezahlte Menschen brauchen, die andere pflegen und wieder gesund machen.

Es ist schön, Herr Holetschek, dass Sie jetzt kurz vor der Bundestagswahl das Thema entdecken, aber das ist wenig glaubhaft,

denn was haben Sie denn in Bayern bisher konkret gemacht, um den Mangel an Pflegekräften zu bekämpfen und deren Bezahlung zu verbessern?

Ich kann Ihnen die Antwort geben:

Gemessen am Ergebnis: wenig bis nichts.

Dabei sitzen Sie sogar der Gesundheitsministerkonferenz in Deutschland vor!

Die CSU-geführte Staatsregierung hat das Pflegevolksbegehren in Bayern bekämpft, anstatt die sinnvollen Vorschläge darin aufzugreifen.

Wir wollen, dass der Freistaat Bayern bei seinen Universitätskliniken vorangeht – warum haben Sie das nicht längst getan?

Wir wollen, dass der Freistaat die Kommunen bei der Finanzierung ihrer Krankenhäuser - gerade bei den laufenden Kosten - stärker unterstützt.

Denn eines ist doch klar: wir brauchen wohnortnahe Krankenhäuser in der Fläche!

Für die SPD gilt: Gesundheitsvorsorge gehört in die öffentliche Hand, wir wollen keine Privatisierungen!

Wir werden die Probleme im Pflegebereich sicher nicht durch Steuerfreibeträge lösen, sondern

nur durch eine neue Finanzierung, die sich konsequent an den Bedürfnissen von Patientinnen und Patienten, Pflegenden und medizinischem Personal orientiert.

Dazu gehört auch eine Reform der Krankenhausfinanzierung und die Einführung einer Bürgerversicherung für Krankheit und Pflege.

Die vierte Schlussfolgerung, die ich ziehe:

Wir brauchen jetzt in Bayern eine ehrliche und umfassende Gesamtbilanz der Pandemie. Dazu gehören selbstverständlich auch die Folgen für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt.

Wir wollen wissen, wie sich die Lockdowns auf den Einzelhandel und die Gastronomie, auf Tourismus und Selbständige ausgewirkt haben, aber auch auf ohnehin benachteiligte Gruppen auf dem Arbeitsmarkt.

Wir brauchen keine verantwortungslose Ausweitung geringfügiger Beschäftigung, sondern eine bessere soziale Absicherung von diesen Arbeitnehmer:innen und auch Soloselbständigen, insbesondere bei Arbeitslosigkeit.

Wir brauchen einen höheren Mindestlohn und endlich ein Tariftreuegesetz in Bayern. Denn gute Löhne und sichere Arbeitsverhältnisse schützen auch in der Krise!

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,

eines brauchen wir ganz sicher nicht mehr:

Dass sich einige wenige in so einer Krise schamlos bereichern.

Sie können sich sicher sein:

Wir werden genau prüfen, ob die Einstellung der Ermittlungen im Fall der Emix-Maskenbeschaffungen gerechtfertigt ist.



Ich halte fest:

Zwei Parteimitglieder der Freien Wähler sind wegen Maskengeschäften bis heute in Haft. Im Fall Emix, in dem Personen aus dem Dunstkreis der CSU - zum Beispiel Frau Hohlmeier und der CSU-Innenstaatssekretär Mayer verwickelt sind -, in dem Frau Tandler - und möglicherweise noch andere - 30 oder sogar 50 Millionen Euro an Provision auf Kosten der deutschen Steuerzahler verdient eingestrichen haben sollen, in dem es andernorts ernsthafte Zweifel an der Verkehrsfähigkeit und Schutzwirkungen von Teilen der Maskenlieferungen gibt, hat die zuständige und - wie mir gestern ein Beobachter richtigerweise schrieb - weisungsgebundene Staatsanwaltschaft die Ermittlungen rechtzeitig vor der Bundestagswahl eingestellt.

Bemerkenswert ist, dass nur Bayern unter Markus Söder und Nordrhein-Westfalen unter Armin Laschet diese Masken zu horrenden Preisen gekauft haben!

Bayern für 10,60 Euro brutto.

Der Bund hat Emix um mehr als drei Euro runtergehandelt und die Bundeswehr wollte von dieser Firma überhaupt nichts kaufen!

Wir werden uns sämtliche Vorgänge ganz genau anschauen.

Sie können sich jetzt schon sicher sein:

Die Opposition wird ihre Ermittlungen nicht einstellen, sondern die Wahrheit ans Licht bringen!

Und wir vergessen auch nicht:

Gegen zwei ehemalige CSU-Abgeordnete wird wegen Bestechlichkeit weiter ermittelt, darunter ist auch ein früherer CSU-Justizminister!

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,  
lassen Sie mich ein Fazit ziehen:

Wer Respekt vor dem hat, was die Menschen in Bayern während Corona aushalten mussten und was sie geleistet haben,

der bereichert sich nicht in einer solchen Krise,

sondern der muss sich jetzt für mehr Gerechtigkeit und soziale Verbesserungen einsetzen,

für einen leistungsfähigen Sozialstaat, ein gutes Gesundheitswesen und mehr Bildungsgerechtigkeit!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!